

Timoschenko-Prozess: Heute beginnt die Urteilsverkündung im Prozess gegen Julia Timoschenko

11.10.2011

Am Dienstag, den 11. Oktober, beginnt im Petschersker Stadtbezirksgericht die Verkündung des Urteils in der Strafsache gegen Julia Timoschenkos, die der Überschreitung der Amtsbefugnisse und -vollmachten bei dem Abschluss der Gasverträge mit Russland im Jahr 2009 angeklagt ist.

Am Dienstag, den 11. Oktober, beginnt im Petschersker Stadtbezirksgericht die Verkündung des Urteils in der Strafsache gegen Julia Timoschenkos, die der Überschreitung der Amtsbefugnisse und -vollmachten bei dem Abschluss der Gasverträge mit Russland im Jahr 2009 angeklagt ist.

Die Anklageseite fordert für die Ex-Ministerpräsidentin eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren.

Die Verkündung des Urteils wird etwa 3-4 Stunden dauern.

Das Verfahren gegen Timoschenko wurde am 11. April eingeleitet. Am 17. Juni übergab die Generalstaatsanwaltschaft die Sache an das Petschersker Stadtbezirksgericht. Über Timoschenko wurde eine Meldeauflage verhängt.

Am 24. Juni ging das Gericht zur Anhörung der Sache über. Damals versammelten sich beim Gericht zum ersten Mal hunderte Anhänger und Gegner der Ex-Ministerpräsidentin. Später wurden auf dem Kreschtschatik kleine Zeltstädte aufgebaut, die bis heute stehen, ungeachtet verschiedener Versuche diese zu räumen.

Der erste Tag der Gerichtsverhandlung fand unter „unmenschlichen Umständen“ statt: auf der Straße stand die Hitze und der Saal war nicht mit Klimaanlagen ausgestattet. Damals überschüttete die Verteidigung Richter Rodion Kirejew zum ersten Mal mit Kritik, beschuldigte ihn der Unprofessionalität und der Abhängigkeit von der Präsidialadministration.

Am gleichen Tag verlieh Timoschenko ihrer Überzeugung Ausdruck, dass Janukowitsch „ihr eine Gefängnisstrafe gibt“.

Am 22. Juli beendete das Gericht die wiederholte Anhörung der Anklageschrift, da Timoschenko als die Anklageschrift zum ersten Mal verlesen wurde, aus dem Saal entfernt wurde. Timoschenko bezeichnete den Kern der Anklageschrift als unverständlich und weigerte sich schuldig zu bekennen.

Danach begann das Gericht mit der Anhörung der Zeugen.

Richter Kirejew prüfte die Frage einer Verhaftung Timoschenkos mehrere Male. Jedoch wurde der Beschluss zur Verhaftung erst am 5. August gefällt, am Tag als der amtierende Ministerpräsident, Nikolaj Asarow, als Zeuge auftrat. Die Nachricht über die Verhaftung Timoschenkos rief eine starke Reaktion im Westen hervor.

Einige Tage später vereinigten sich die Oppositionsparteien im Widerstandskomitee gegen die Diktatur.

Einige Male boten sich Bürgen für eine Freilassung Timoschenkos an, doch das Gericht verweigerte dies.

Am 17. August hörte das Gericht Ex-Präsident Wiktor Juschtschenko als Zeugen an. Timoschenko verzichtete darauf ihm Fragen zu stellen. Bei der Abreise des Ex-Präsidenten wurde dessen Auto mit Eiern beworfen.

Ende August verschlechterte sich Timoschenkos Gesundheitszustand, doch das Gericht verweigerte ihrem Hausarzt den Zugang zu ihr und bot ihr statt dessen Spezialisten des Gesundheitsministeriums an.

Vor dem Unabhängigkeitstag ging das Gericht zum Studium der Materialien der Strafsache über.

Am 7. September machte Julia Timoschenko ihre Aussagen.

Es wurde erwartet, dass die Abschlussplädyers am 12. September beginnen, jedoch kam das Gericht unerwartet dem Antrag Timoschenkos nach und gab ihr bis zum 27. September Zeit zur Vorbereitung.

Damals verliehen eine Reihe von hohen Persönlichkeiten der EU ihrer Beunruhigung über die Timoschenko-Sache Ausdruck. Gleichzeitig tauchte die Information darüber auf, dass die Landesführung bereit ist den Artikel des Strafgesetzbuches zu entkriminalisieren, damit Timoschenko nach einem Schulterspruch in die Freiheit entlassen werden kann.

Am 27. September ging das Gericht zu den Abschlussplädyers über und die Anklageseite forderte für Timoschenko eine siebenjährige Freiheitsstrafe.

Am 29. September trat Timoschenko selbst im Laufe der Abschlussdebatte auf.

Am 30. September wies das Gericht die Bitte Timoschenkos zurück, ihr Zeit zur Vorbereitung für ein Schlusswort zu geben, verkündete eine Pause und zog sich bis zum 11. Oktober zu Beratungen für die Anfertigung des Urteils zurück.

Derweil beschloss das Parlament in der ersten Oktoberwoche ein Gesetz über die „Entkriminalisierung“ einer Reihe von Artikeln des Strafgesetzbuches, jedoch fehlen bislang die Paragraphen nach denen Timoschenko angeklagt ist. Jedoch können diese, wie Parlamentssprecher Wladimir Litwin mitteilte, von den Abgeordneten in der zweiten Lesung aufgenommen werden.

Quelle: [Lewyj Bereg](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 603

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgeellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.